

Hoimar von Ditfurth

Innenansichten
eines Artgenossen

Meine Bilanz

Buch 1989

Memoiren, Autobiografie

[wikipedia Innenansichten eines Artgenossen](#)

*Im Gedenken an den großen Hoimar und an Heinz Haber,
Robert Jungk, Theo Löbsack – und an Heinz Boente, dem
Schöpfer von hoimar-von-ditfurth.de .*



422

Natürlich ist mit alledem eine zentrale Lebensfrage noch immer nicht berührt. Es ist gut zu wissen, daß unser Dasein einen Sinn hat, der auf die Existenz des Universums und die Geschichte seiner Schöpfungen gegründet ist. Aber das allein kann uns nicht genügen, so groß der Trost sein mag, den wir aus dem Faktum ziehen.

Der »Sinn« dieses Universums schließt zwar auch uns ein. Er wird auch uns dereinst <erlösen>, am Jüngsten Tag, dann, wenn die kosmische Evolution an ihren Gipfel und Endpunkt gelangt ist **und alle Fragen ihre endgültige Antwort finden.**

Die hoffnungsvolle Aussicht auf diesen letzten Weltaugenblick enthebt uns jedoch nicht der Notwendigkeit, die Gegenwart innerhalb der uns zugewiesenen Lebensspanne nach besten Kräften zu bewältigen. – Da scheint nun guter Rat teuer. Denn woran sollen wir uns halten?

Etwas wäre schon gewonnen, wenn wir unseren Glauben an die Existenz totaler Lösungsrezepte für unsere politischen und gesellschaftlichen Probleme endlich als Aberglauben durchschauten und zu Grabe trügen. **Wie groß der Gewinn wäre, lehrt die Geschichte.**

Ihre blutigsten Kapitel wurden von denen geschrieben, die herausgefunden zu haben wähnten, wovon das Glück der Menschen abhängt, und die, von dieser Gewißheit

beflügelt und jeglicher Zweifel und Rücksichten enthoben, darangingen, ihre Heilslehren gegen alle Widerstände durchzusetzen.

Wenn auch nicht — noch nicht! — das blutigste, so doch eines der absurdesten Kapitel steuert unsere heutige Gesellschaft zu dieser Wahnsinnschronik bei in ihrer blinden Entschlossenheit, ihren gegenwärtigen materiellen Komfort auf Kosten ihrer zukünftigen Lebenschancen zu vermehren.

Um auf rational konzipierte gesellschaftliche Erlösungsformeln verzichten zu können, muß man die grundsätzliche Widersinnigkeit derartiger Konzepte eingesehen haben.

Alle diese Entwürfe erscheinen dem kurzsichtigen Blick verlockend, und alle haben sie sich auf lange Sicht regelmäßig als menschenfeindlich erwiesen.

Der Entschluß, auf sie zu verzichten, kann daher rechtzeitig (das heißt vor der Belehrung durch die stets schmerzlichen Folgen) nur gefaßt werden, wenn die Einsicht vorhanden ist, daß eine Gesellschaft, die sich aus nichtrationalen Mitgliedern zusammensetzt, prinzipiell außerstande ist, anwendungstaugliche, rational konzipierte Verhaltensmaximen für ihr Verhalten zu entwickeln.

Homo sapiens aber ist ein Narziß, der in der Illusion schwelgt, daß weder seiner Vernunft noch seiner Freiheit Grenzen gesetzt seien. Das wirksamste Antidot* gegen die selbstverliebte Hybris bestände natürlich darin, ihm die biologische Hälfte seines Wesens unter die Nase zu reiben, angesichts derer die grundsätzliche Beschränktheit seiner Vernunft und die unüberschreitbaren Grenzen seines Freiheitsraumes offenbar werden.

* (d-2008:) *Antidot: Gegengift, Gegenmittel bei Vergiftungen (aus dem Fremdwörterbuch)*

Aber der Patient sträubt sich bekanntlich, die Medizin zu schlucken. Naturwissenschaftliche Einsichten trügen – **so wiederholt unsere Bildungsgesellschaft unbelehrbar seit Jahrzehnten** – zur Erkenntnis des menschlichen Wesens nichts bei.

Aber selbst dann, wenn es eines Tages doch noch gelingen sollte, die Tatsache in die Köpfe zu rammen, daß Homo sapiens an einem konstitutionellen »Verhältnisblödsinn« leidet (**so nannten die alten Psychiater leichtere Grade des Schwachsinn, die sich erst bei besonderen Lebensbelastungen manifestieren**), daß sein Verstand also auch von den Problemen überfordert wird, denen er sich heute in der von ihm selbst geschaffenen zivilisatorischen Kunstwelt gegenüber sieht, **selbst dann wäre die Aufklärungsarbeit noch immer nicht abgeschlossen.**

Zwar wäre vielen Formen der **Selbstverstümmelung** segensreich vorgebeugt, wenn die Einsicht sich durchsetzte, daß es kaum eine verheerendere Kombination gibt als die

von eingeschränkter Weltsicht und rastloser Aktivität. Selbstverständlich ist die Empfehlung, behutsamer vorzugehen, als wir es heute zu tun pflegen, rücksichtsvoller und immer eingedenk der grundsätzlichen Unvorhersehbarkeit aller Konsequenzen unserer Handlungen, von überragender Aktualität.

Aber auch ihre Befolgung allein — bisher ohnehin eine Utopie — wäre noch immer nicht genug.

Fehlervermeidung allein genügt nicht. Denn wir können die Hände ja nicht einfach in den Schoß legen. Woran also sollen wir uns halten? Ich will hier, am Schluß dieser »Bilanz«, den Versuch machen, meine Antwort auf diese Frage kurz anzudeuten, wobei mir nur allzu klar ist, daß sie auf vielerlei Weise mißverstanden werden kann.

Der einzige verlässliche Halt scheint mir in den alten biblischen Texten vorzuliegen.

423

Auf dem Evangelischen Kirchentag 1981 in Hamburg antwortete der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt Jugendlichen, die seinen sicherheitspolitischen Thesen (Stichwort: <Nach>-Rüstung) in einer Diskussion das christliche Gebot der Feindesliebe entgegenhielten: »Schließlich kann man die Welt nicht mit der Bergpredigt regieren.«

Da scheint mir die Gegenfrage am Platze, ob denn die Ergebnisse des seit 2000 Jahren laufenden Versuchs, ohne die Ratschläge dieses berühmtesten Lehrvortrags der Historie auszukommen, wirklich so ermutigend sind, daß sie eine so apodiktische Ablehnung rechtfertigen. – Ich bin davon überzeugt, daß das Gegenteil richtig ist.

Hier ist einigen naheliegenden Mißverständnissen vorzubeugen.

Mit den »biblischen Texten« meine ich keineswegs etwa allein die des Neuen Testaments. Ich pflichte den Theologen bei, die es für einen der kardinalen Irrwege der christlichen Überlieferung halten, daß sie (unter paulinisch-hellenistischem Einfluß) schon sehr früh einen grundsätzlichen Trennungsstrich zwischen ihrer Lehre und der Tradition des Alten Testaments gezogen hat. Jesus hat das »alte Gesetz« nicht außer Kraft gesetzt (»zerbrochen« oder »überwunden«), er hat es - nach eigenem Eingeständnis - erfüllt, ja erweitert und verschärft.*

Der für die frühchristliche Überlieferung charakteristische <Mirakulismus> (Wunderglauben) schließlich ist als nachträgliche <spätgriechische Überkrustung> (Pinchas Lapide) anzusehen, Ausdruck des propagandistischen Bestrebens, der festgefügtten Heidenwelt eine möglichst überlegene Lehre entgegenzustellen. Der taktische Sünden-

fall hat, wie das bei Sündenfällen zu sein pflegt, eine verheerende Spur in der Geschichte des Christentums hinterlassen.

Bis auf den heutigen Tag ist die Zahl der glaubensbereiten Menschen erschütternd groß, die unter dem Irrtum leiden, daß die Stärke und die Echtheit religiöser Überzeugung an der Menge übernatürlicher Gegebenheiten und Vernunftwidrigkeiten abzulesen seien, die jemand intellektuell zu schlucken bereit ist. Jedoch: »Das Fürwahrhalten der einzelnen Aussagen der traditionellen Bekenntnisse ist nicht mehr das Kriterium echten christlichen Glaubens«, schreibt Fritz Maass in seinem erwähnten Buch.

Religiöser Glaube ist nicht gleichbedeutend mit dem Fürwahrhalten von Absurditäten, sondern Ausdruck einer bestimmten Lebenshaltung.

** Dazu aus der Sicht eines jüdischen Theologen: Pinchas Lapide, »Er predigte in ihren Synagogen«. Jüdische Evangelienauslegung (Gütersloh 2-1980). Dort auch weitere Literatur. Sehr empfehlenswert ist auch das außerordentlich wichtige kleine Buch des evangelischen Alttestamentiers Fritz Maass, »Was ist Christentum?« (Tübingen 1981; leider vergriffen, aber über Bibliotheken erhältlich).*

424

Man kann insbesondere der katholischen Kirche den furchtbaren Vorwurf nicht ersparen, daß sie den Gehalt der christlichen Botschaft und die intellektuelle Würde ihrer Mitglieder durch die Anlegung eines »mirakulistischen« Eichmaßes in unchristlicher Weise aufs Spiel setzt. Oder wie anders soll man es nennen, wenn sie einer akademischen Theologin (Uta Ranke-Heinemann) die Lehrbefugnis entzieht, weil diese es ablehnt, ihre Glaubensfestigkeit und Kirchentreue dadurch zu beweisen, daß sie das Dogma von der »jungfräulichen Geburt« bis in anatomische Details hinein wörtlich nimmt.

Eine Institution, die es fertigbringt, die symbolträchtige Metapher von der »Jungfrauen-geburt« (die in der Mythologie schon lange vor Christi Geburt auftaucht) auf die krude Ebene eines gynäkologischen Befundes zu reduzieren, um diesen Sachverhalt dann ihren Mitgliedern als unverzichtbaren Glaubensbestandteil zuzumuten, muß sich die Frage gefallen lassen, was das alles eigentlich noch mit der Botschaft des Jesus von Nazareth zu tun hat.

Ich muß schließlich noch das viele Christen sicher immer noch schockierende Geständnis ablegen, daß für mich auch der Begriff der »Gottessohnschaft« Christi in die eben schon charakterisierte Rubrik des »Mirakulismus« fällt. Es ist mir nicht möglich, das Reden von der »Göttlichkeit« Christi im wörtlichen Sinne für wahr zu halten.

Es war für mich eine ungeheure Erleichterung, als ich im Laufe der Jahre dahinterkam,

daß ich mit dieser Auffassung in guter Gesellschaft bin. Damit meine ich selbstverständlich nicht den Kreis der respektablen Atheisten und Agnostiker, für die das ohnehin kein Thema ist. Ich meine auch nicht die jüdische Theologie, in deren Verständnis Jesus nie etwas anderes gewesen ist als ein wichtiger und herausragender Prophet (wenn mich diese Auffassung wie viele andere Besonderheiten der jüdischen Lehre auch seit je besonders angesprochen hat).

Erleichtert hat mich die Entdeckung, daß ich mich durch meine Haltung nicht automatisch aus dem christlichen Lager ausgeschlossen habe. Christus sei, so schreibt Fritz Maass, Gottes Stellvertreter auf Erden, Gott habe sich in ihm letztgültig offenbart. Wer hingegen heute noch auf den unserer Sprache fremden Titeln und Bekenntnissen bestehe (»Wahrer Mensch und wahrer Gott«), stelle »Jesus ins Abseits und trägt zur Entchristlichung bei«.

Es sei unwahrscheinlich, daß Jesus sich selbst als »Gottessohn« bezeichnet habe, schreibt der Jesuit Rupert Lay es sei dagegen als ziemlich sicher auszumachen, daß er sich als »Gesandter Gottes« verstanden habe.* Gleichlautende Äußerungen finden sich bei noch vielen anderen modernen Theologen.

* *Rupert Lay, »Credo. Wege zum Christentum in der modernen Gesellschaft«, München 1981, S. 35.*

Hinter allen diesen »Überkrustungen« ist nun ein Aspekt der alten Texte für das Bewußtsein unserer Gesellschaft so gut wie verschwunden, dessen sie heute dringender bedarf als jemals zuvor. Neben ihrem Charakter als vom Jenseits redender Heilsbotschaften, den sie in den Augen der Gläubigen in erster Linie haben dürften, enthalten sie auch ein in Jahrtausenden menschlicher Kultur angesammeltes Wissen vom Menschen selbst.

Altes und Neues Testament bestehen nicht nur aus Glaubenssätzen und historischen Berichten. Sie stellen gleichzeitig auch eine Summe höchst konkreter weltlicher Handlungsanleitungen dar, die auf dem Boden eines in jahrtausendelanger Erfahrung destillierten Wissens von unserer zwiespältigen und widersprüchlichen Natur erwachsen sind. Ein unvergleichlicher Schatz an wahrer Weltklugheit, dessen wir uns bedienen sollten.

So ist, um auf ein konkretes Beispiel zu kommen, etwa die altbekannte Aufforderung, seine Feinde »zu lieben«, nicht ein Appell zu heiligmachender, aber weltferner Selbstüberwindung, wie die kirchliche Verkündigungspraxis es unglücklicherweise meist nahelegt. **Die Formel nennt vielmehr ein handfestes Überlebensrezept.**

Ich wüßte nicht, wie wir jemals Aussicht darauf haben könnten, unserer Historie den

Charakter einer Schlachthauschronik zu nehmen, wenn wir es nicht fertigbringen sollten, unsere Feinde »zu lieben« — was wir angesichts der Werkzeuge, deren sich die Schlächter heutzutage bedienen können, nicht mehr allzu lange werden hinausschieben dürfen.

Die Einwände sind bekannt. Das übersteige menschliches Vermögen, sagt man uns. »Die Gnadenerheißungen der Bergpredigt beziehen sich eben gerade nicht auf diese unsere Welt«, schreibt der Münchener Politologe Manfred Hättich.**

*** Manfred Hättich, »Weltfrieden durch Friedfertigkeit? Eine Antwort an Franz Alt«, München 1983, S. 19. --- Die nüchterne Erbarmungslosigkeit, mit der Hättich die von Franz Alt in seiner bekannten Broschüre (»Frieden ist möglich - Die Politik der Bergpredigt«, 1983) vertretenen Thesen zerpflückt, findet meine Zustimmung. Alt's Argumentation ist in ihrem emotionalen Pathos zwar bewegend, begrifflich jedoch verschwommen und logisch kaum haltbar. Hättich hat mit seiner Polemik aber eben nur die Mängel der Altschen Beweisführung aufgedeckt und keineswegs etwa die Möglichkeit einer anderen (besseren) politischen Auslegung des biblischen Textes widerlegt.*

426

»Die Bergpredigt ist kein neues Gesetz, sondern eine Aufforderung zur Heiligkeit. (...) Darum kann es keine Politik der Bergpredigt geben«, heißt es bei Dolf Sternberger, der in dem gleichen Zusammenhang auch von dem »asketisch-übermenschlichen Anspruch« der Bergpredigt spricht.* Ablehnende Stimmen dieses Tenors sind fraglos in der Überzahl, aber es sind keineswegs die einzigen. Daß die Forderungen der christlichen Ethik ins Gottesreich gehörten, sei meist eine faule Schutzbehauptung, schreibt Rupert Lay klipp und klar.

Vielleicht ist es am besten, den Widerspruch gegen die Ansicht, die Forderungen der Bergpredigt gehörten nicht in diese Welt, mit der Berufung auf einen Philosophen, nämlich Karl Jaspers, einzuleiten, der betont, er spreche »ohne andere Vollmacht als die des Denkens der Vernunft, die jedem Menschen eigen ist«.** Diese rationale Vollmacht läßt ihn unter ausdrücklicher Berufung auf die Propheten des Alten Testaments zu dem Schluß kommen: »Wer weiterlebt wie bisher, hat nicht begriffen, was droht.« Und: »Ohne Umkehr ist das Leben der Menschen verloren.«

Nichts anderes wird uns in der Bergpredigt gesagt. »Alles nun, was ihr wollt, daß euch die Leute tun sollen, das tut ihnen auch.« Es folgt die Erinnerung daran, daß der Rat nicht erst von Jesus stammt, sondern uralte ist: »Das ist das Gesetz und die Propheten« (Matth. 7,12).

Das zu betonen, erscheint mir in diesem Zusammenhang wichtig, weil der Sprecher dieser Sätze von der paulinisch-hellenistischen Überlieferung so sehr ins Überirdische entrückt worden ist, daß ohne den Hinweis auf die Propheten sofort wieder das Mißverständnis provoziert werden könnte, auch die ihm bei dieser Gelegenheit in den Mund gelegte Empfehlung gelte nicht für diese Welt. Das Gegenteil ist richtig. Sie stammt aus einer Tradition, für die es selbstverständlich ist, aus unbeirrbarem Gottesglauben handfeste Richtlinien für irdisches Verhalten abzuleiten.

Das gilt auch für die Forderung, man solle seine Feinde lieben. Daß das leicht sei, hat niemand behauptet. Ich selbst bringe es nur in Ausnahmefällen über mich (und die christliche Kirche hat es — Stichwort: Ketzerverfolgung mit Feuer und Schwert — zu keiner Zeit geschafft). Aber ich vermag immerhin einzusehen, daß die Erfüllung dieser Forderung unsere einzige — ganz diesseitige, durchaus geschichtlich und nicht etwa heilsgeschichtlich zu verstehende — Rettung bedeuten könnte. Denn es ist ja nicht Unterwürfigkeit und das Gewährenlassen jedweden Übeltäters gemeint.

* Dolf Sternberger, »Über die verschiedenen Begriffe des Friedens«, Stuttgart 1984, S.14

** Karl Jaspers, »Die Atombombe und die Zukunft des Menschen. Politisches Bewußtsein in unserer Zeit«, München 1958.

427

Helmut Schmidt und Manfred Hättich formulierten ihre Ablehnung angesichts einer konkreten sicherheits-politischen Situation im Rahmen der »Nach«-Rüstungsdebatte zu Beginn der achtziger Jahre. Da ist ihnen partiell sogar recht zu geben (aber eben nur partiell): Wenn die Raketen erst einmal aufgebaut sind und wenn die Panzer womöglich schon anrollen, kann keine noch so übermenschliche Feindesliebe die Katastrophe mehr aufhalten.

Aber die Situation, die das tödliche Risiko herbeigeführt hatte, war ja aus einer Atmosphäre entstanden, die sich von der mit dem Stichwort »Feindesliebe« gekennzeichneten Haltung abgrundtief unterschied. Sie war geprägt von wechselseitig sich aufschaukelndem Mißtrauen und Haß und aus ihnen erwachsenden Todesängsten, welche die eigene Bedrohtheit auf ein wirklichkeitsfernes Übermaß vergrößerten und die gleichartigen Ängste des »Feindes« nicht mehr wahrnehmen ließen.

Wäre es denn nicht denkbar, daß die Gefahr gar nicht erst bis zu diesem Ausmaß gediehen wäre, wenn eine der beteiligten Parteien sich schon in einem sehr viel früheren Stadium auf die Strategie der »Feindesliebe« besonnen hätte? Denn bei ihr handelt es sich, wie Pinchas Lapide in einem zweiten wichtigen Buch und in umfassender Kenntnis der einschlägigen Originaltexte überzeugend erläutert, eigentlich um eine »Entfeindungsliebe«, ganz in dein Sinne, der gemeint ist, wenn man das Wort vom »entwaffnenden Lächeln« gebraucht.*

Die Forderung ist als handfester Ratschlag gemeint. Sie stellt nachweislich nicht »eine Aufforderung zur Heiligkeit« dar, wie Hättich unterstellt, sondern sie erfolgt als Empfehlung angesichts eines anders nicht zu erreichenden wünschbaren (was immer nur heißen kann: für alle Beteiligten wünschbaren) Ergebnisses.

»Selig sind die Sanftmütigen, denn sie werden das Erdreich besitzen«, heißt es bei Matth. 5,5, womit der Prediger wiederum eine keineswegs spezifisch christliche, sondern zu seinen Lebzeiten schon um Jahrhunderte ältere Aussage wiederholt: »Aber die Elenden [Lapide übersetzt aus dem Urtext auch hier: die Sanftmütigen] werden das Land erben und Lust haben in großem Frieden«, heißt es schon im 37. Psalm, Vers 11.

** Pinchas Lapide, »Die Bergpredigt - Utopie oder Programm?«, Mainz 1982.*

428

Welche die Realitäten verändernde Kraft von einer Haltung ausgehen kann, die im Feind nicht einzig und allein die Bedrohung sieht, sondern einen Mitmenschen, der von den gleichen Ängsten erfüllt ist wie man selbst, erleben wir gerade in diesen Jahren in aller Anschaulichkeit.

Der sowjetische Parteichef Gorbatschow hat sich auf diese Strategie besonnen. Nicht aus christlicher Nächstenliebe, das ganz gewiß nicht. **Das Prinzip der »Entfeindung«** durch kalkuliertes Nachgeben entspringt nicht spezifisch christlicher Erfahrung, wenn es vom Christentum auch in seiner vollen Bedeutung erst erkannt und in das Zentrum mitmenschlicher Beziehungen gerückt worden ist. Gorbatschow handelt ohne Zweifel auch nicht etwa der westlichen Allianz zuliebe. Sondern, wie wir Grund haben anzunehmen, in der Einsicht, daß eine Fortsetzung des aufwendigen Rüstungswettlaufs sein rückständiges Riesenreich ruinieren würde. Aber immerhin hat diese Einsicht ihn zu Schritten bewogen, die auf eine freiwillige »Schwächung« der eigenen militärischen Stärke in der Form »einseitiger Abrüstungsvorleistungen« hinausliefen.

Gorbatschow hat mithin genau das getan, wozu das Lager des christlichen Westens zum eigenen Schaden niemals den Mut fand. Jahrzehntelang hatte die westliche, im eigenen Lager dafür heftig geschmähte Friedensbewegung für genau diese Möglichkeit als rettenden Ausweg aus der wachsenden Gefahr zunehmender Rüstung plädiert. »Freeze!« war eine ihrer zentralen Parolen, »Einfrieren!«, und zwar den ohnehin unsinnig überhöhten Rüstungsstand, in der Hoffnung, damit zur Entstehung einer Atmosphäre beizutragen, in der zwischen Ost und West endlich ernsthaft über wirkliche Abrüstungsschritte würde gesprochen werden können.

Im westlichen Lager wurde das »als ein Signal der Schwäche« entrüstet abgelehnt.

»Für solche Wagnisse ist der Frieden in Freiheit ein zu kostbares Gut«, erklärte Helmut Kohl in der »Nach«-Rüstungsdebatte. Und die Friedensbewegung, die den Vorschlag in der Öffentlichkeit unermüdlich wiederholte, wurde dafür von Alfred Dregger bei der gleichen Gelegenheit als »Unterwerfungsbewegung« gescholten. Und nun exerziert uns die unchristliche Gegenseite mit einem Male vor, was sich mit einer solchen »Unterwerfungsgeste« Erstaunliches bewirken läßt. Das unverhohlene Erschrecken der westlichen Generalität über einen in ihren Augen katastrophalen Rückgang des Bedrohungsgefühls im eigenen Lager belegt den Effekt zur Genüge.

429

Ich muß noch kurz auf einen anderen Irrtum Hättich's eingehen, weil er ein Beispiel für ein weitverbreitetes Mißverständnis darstellt.

Politik könne nicht »von der Fiktion ausgehen, die Menschen würden sich im Schnitt aus dem Geist der Bergpredigt heraus verhalten«, heißt es bei ihm, und ferner: »Es läßt sich auf der Basis der Bergpredigt eben gerade keine korrespondierende Sozialmoral aufbauen.« — Was spricht aus diesen beiden Sätzen doch für eine fundamentale Verkennung des Textes!

»Korrespondierend« in dem von Hättich gemeinten Sinne wäre eine Moral, die auf einer von den Beteiligten im voraus getroffenen Vereinbarung beruhte. »Wenn du mir versprichst, mir nichts Übles anzutun, werde ich dir gegenüber auch davon Abstand nehmen.« Daß diese Art einer »korrespondierenden Vereinbarungsmoral«, wie sie in der sozialen und politischen Praxis seit je gang und gäbe ist, dann, wenn es wirklich darauf ankommt, erfahrungsgemäß fast immer auf der Strecke bleibt, ist ja aber gerade die Erfahrung, die hinter den Empfehlungen der Bergpredigt steht.

Hättich moniert: *»Wenn ich mich vor der Opfertgabe versöhnen soll, dann konstituiert dies keinen Rechtsanspruch für mich auf Versöhnung seitens des anderen.«*

Das ist zwar unbestreitbar richtig. **Solche quasi kaufmännisch kalkulierende Rechenschaftigkeit aber ist dem Geist der Bergpredigt fremd.** Sie informiert nicht über »Rechtsansprüche« und die Wege, auf denen man sie erwerben oder geltend machen könnte. Worauf zu rechnen sie ermutigt, ist allein die Hoffnung darauf, daß die eigene friedensstiftende Haltung auch in der Seele des Widerparts etwas bewegt.

Eine Gewißheit auf solch eine positive Reaktion wird freilich nicht versprochen. Daran stört sich Dolf Sternberger (der im übrigen Hättich zustimmend zitiert). Selbst die »goldene Regel« könne nicht in »risikofreiem Sinne« ausgelegt und angewendet werden, heißt es bei ihm wörtlich. Denn »wer den anderen tut, wie er will, daß ihm die anderen tun sollen, der riskiert, daß es ihm nicht mit gleichem vergolten wird«. (Hervorhebung von mir)

Sternbergers Schlußfolgerung daraus: »Darum läßt sich aus der Bergpredigt keine wie immer geartete Strategie, Diplomatie oder Praxeologie herleiten noch mit ihrer Hilfe irgendeine Politik stützen oder weihen.«

430

Ich muß gestehen, daß mich Sternbergers Anspruch auf eine risikofreie Erfolgsgarantie in diesem Falle verblüfft. Zumindest hätte ich erwartet, daß der namhafte Politologe hier eine vergleichende Abschätzung der mit der herkömmlichen Strategie, Diplomatie und »Praxeologie« einhergehenden Risiken in die Erörterung einbeziehen würde.

Da es so wichtig ist, noch ein Beispiel zur Erläuterung dessen, was mit »Feindesliebe« gemeint ist. Es handelt sich um den nicht ohne weiteres verständlichen Satz der Bergpredigt: »*Und so dich jemand nötigt eine Meile, gehe mit ihm zwei.*« (Matth. 5, 41)

An dieser Stelle wird die handfeste Diesseitigkeit der Empfehlungen des Predigers besonders deutlich, denn Jesus bezieht dieses Fallbeispiel aus dem römischen Besatzungsrecht seiner Zeit. Jeder römische Legionär, so erfahren wir von Pinchas Lapide,* hatte damals das Recht, einen beliebigen Juden auf der Straße herauszugreifen und von ihm zu verlangen, seine Ausrüstung eine Meile weit für ihn zu schleppen. Dann konnte der also Genötigte dem Besatzer sein Zeug wieder vor die Füße schmeißen und dieser sich einen neuen Juden als Lastesel suchen. Daß die immer wieder in blutigen Auseinandersetzungen zwischen Besatzungsmacht und Unterjochten kulminierenden Haßgefühle durch diese rüde, einen jeden Juden entwürdigende Praxis zusätzlich angeheizt wurden, versteht sich von selbst.

Hier erteilt Jesus seinen jüdischen Zuhörern nun einen im ersten Augenblick wieder paradox erscheinenden Rat: **Wenn der Legionär dich auffordert, sein Gepäck für ihn zu schleppen — ein Verlangen, dem du dich nicht entziehen kannst, ohne eine drakonische Strafe zu gewärtigen —, dann trage sein Gepäck nicht nur eine, sondern freiwillig noch eine zusätzliche Meile weiter.** Wer sich die Szene anschaulich vorstellt, begreift sofort, was sich dadurch »gewaltfrei« ändert.

Der entwürdigende Charakter der aufgebürdeten Schleppei verliert sich angesichts der freiwilligen Zugabe wie von selbst, und die Reaktion des überraschten Römers dürfte Neugier sein auf den Charakter des Mannes, an den er da geraten ist. Alle Wahrscheinlichkeit spricht dafür, daß das zwischen den beiden Beteiligten anfänglich herrschende feindselige Schweigen im Verlaufe der zweiten Meile allmählich einem Gespräch Platz macht, an dessen Ende beide die ihre Feindseligkeit verringernde Erfahrung gemacht haben werden, daß der andere eigentlich ja »auch nur ein Mensch ist«.

* Pinchas Lapide, »Die Bergpredigt...«, a.a.O., S.116 f

Das also ist ein von Jesus geschilderter Fall von konkreter Feindesliebe. Keine »Aufforderung zur Heiligkeit«, sondern ein durchaus praktischer, wenn auch Selbstüberwindung erfordernder Ratschlag zur Lösung eines anders kaum lösbar erscheinenden menschlichen Problems unter Besatzungsverhältnissen.

Auch in diesem Fall bezieht der biblische Lehrer sich übrigens allem Anschein nach auf eine sehr viel ältere — und vielen seiner Zuhörer zweifellos bekannte — Quelle. »Mögen auch zwei miteinander wandeln, sie seien denn eins untereinander?« heißt es beim Propheten Amos. Eine Erfahrung, aus welcher der Bergprediger die Nützlichkeit der zweiten, freiwillig mitgegangenem Meile ableitet.

Letzter Einwand: Die in der Bergpredigt vorgetragene Aufforderung zur Feindesliebe stoße an die Grenzen des Menschenmöglichen und könne allenfalls von einzelnen Heiligen befolgt werden. Vielleicht ist es so.

Es handele sich um einen Anspruch, der die menschliche Natur vergewaltige. Auch das mag zutreffen.

Aber desungeachtet gilt auch, was Leszek Kolakowski dazu in seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises am 16. Oktober 1977 in der Frankfurter Paulskirche sagte:

»Daß es nur sehr wenige gibt und jemals geben wird, die dieser Aufforderung wirklich gewachsen sind, ist sicher. Auf den Schultern dieser Wenigen aber ruht das Gebäude unserer Zivilisation, und das Geringe, zu dem wir fähig sind, verdanken wir ihnen.«

Noch einmal Dolf Sternberger: Die Bergpredigt ... *»ist eine äußerst kritische, eine dialektische Ethik, sie kehrt alles um, was das gewöhnliche menschliche Verhalten kennzeichnet.«* – Richtig. Genau eine solche »Umkehrung« wird in dem Text des Evangelisten von uns verlangt. [Wird es nicht höchste Zeit, daß wir ihre Unumgänglichkeit einsehen?](#)

Jaspers 1958: *»Ohne Umkehr ist das Leben der Menschen verloren.«* Vielleicht sind wir verloren. Niemand kann die Möglichkeit heute mehr ausschließen.

Wenn es aber einen Ausweg gibt, dann ist er hier, in den alten Texten, vorgezeichnet. Der Versuch, ihn zu benutzen, ist noch niemals ernstlich unternommen worden. Viel Zeit bleibt uns nicht mehr, das Versäumnis nachzuholen.

Hoimar von Ditfurth *Epilog 1989*

Hoimar von Ditfurth # 1989 # Innenansichten eines Artgenossen # Meine Bilanz # 1989 by Claassen-Verlag # ISBN 3-546-42097-7 # 1997 by Deutscher Taschenbuch Verlag 5. Auflage 1997 # ISBN 3-423-30022-1 # Autobiografie # 432 (435) Seiten #

Siehe auch:

[wikipedia Hoimar von Ditfurth](#)

[wikipedia Innenansichten eines Artgenossen](#)

[HvD-Buch 1985](#) Apfelbäumchen

[Christian von Ditfurth Buch 1995](#) Wachstum

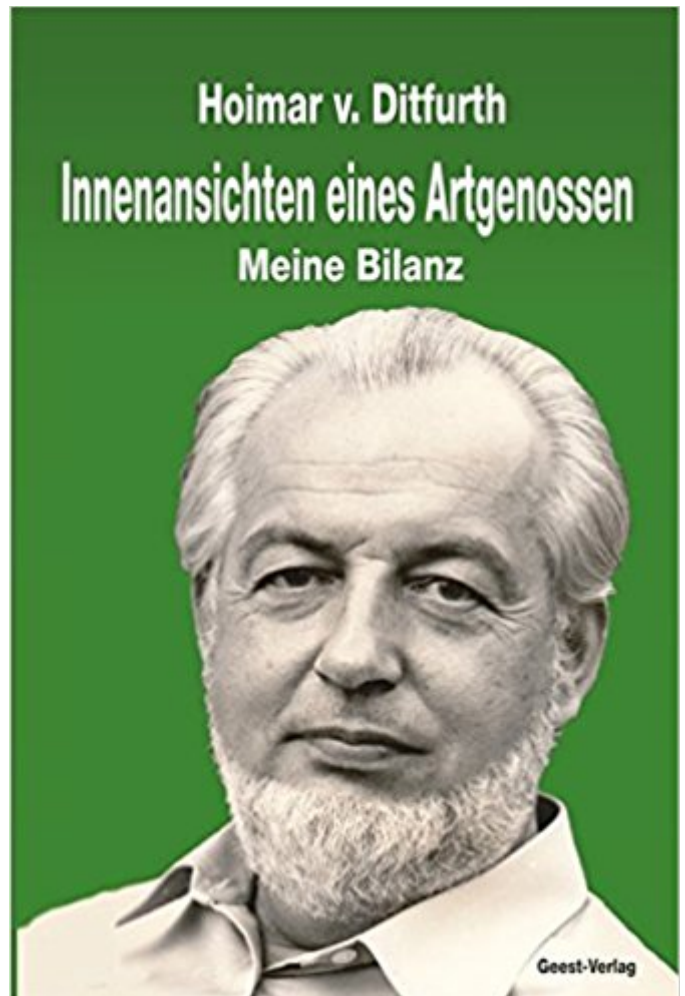
[hoimar-von-ditfurth.de](#)

[wikipedia Claassen-Verlag](#) Berlin

2013: Endlich eine neue Auflage! Der Geist-Verlag hat diese Aufgabe übernommen und gelöst – ein kleiner-feiner Verlag im Nordwesten der BRD Vielen Dank dafür!

[wikipedia Geist-Verlag](#)

[geist-verlag.de](#)



Der große Basar

Zum Demokratiefortschritt in der BRD 1949-1989

354

Adenauers Gesellschaftskitt hat sich als nur vorübergehend haltbar erwiesen. Nachdem die von ihm geschürte antirussische Phobie nach seinem Tode langsam ihre Kraft als nationales Bindemittel verloren hatte, war es dann für ein Jahrzehnt die »neue Ostpolitik« Willy Brandts, die in der Bundesrepublik eine demokratisch legitimierte Majorität vorübergehend im Gefühl politischer Zusammengehörigkeit verband.

Von einer irgendwie gearteten »Einheit der bundesrepublikanischen Teilnation« konnte aber in dieser Phase nicht die Rede sein. Im Gegenteil.

Brandts Politik der Verständigung mit dem Osten polarisierte die innenpolitische Auseinandersetzung in beispielloser Weise. Sie wurde nicht von politischer Argumentation geprägt, sondern von einem Ausbruch haßerfüllter Ablehnung durch das konservative, rechte Lager. Die ostpolitische Initiative der an die Regierungsmacht gelangten »Roten« löste keine demokratische Auseinandersetzung aus (das hatte man bei Adenauer ja auch nicht gelernt), **sondern den verbalen Bürgerkrieg.**

Jetzt machten sich die Folgen der Tatsache verheerend bemerkbar, daß Adenauer die Bundesrepublik nicht auf dem Boden eines Konsenses über konkrete politische Inhalte errichtet hatte, sondern auf der Grundlage einer gemeinsamen Negation: der Angst vor dem Kommunismus.

Das heute von allen politischen Lagern unisono beklagte Fehlen eines bundesrepublikanischen Staatsgefühls hat gewiß viele Ursachen. Es hängt nicht nur — das natürlich auch — mit der unentwegt beschworenen Teilung zusammen.

Es ist auch nicht nur eine unausbleibliche Folge der von Adenauers Politik dem geschlagenen Volke kühl zugespielten Offerte, die eigene Mitverantwortung für die nazistische Vergangenheit unaufgearbeitet ad acta zu legen*: Wer die eigene Vergangenheit verdrängt, verlegt sich den Zugang zu einer eigenen (nicht nur der nationalen) Identität.

* Ein Regierungschef von Adenauers Statur und Autorität, der einen Mann mit der Vergangenheit Hans Globkes (s. dazu die ausführliche Fußnote auf Seite 131) zum Staatssekretär macht und ihm die Organisation und alle Personalentscheidungen im Kanzleramt überträgt, demonstriert damit unverhohlen und aus freien Stücken, daß er administrative Effektivität allen moralischen Kriterien überordnet.

Ganz selbstverständlich hatten an höchster Stelle getroffene Entscheidungen wie diese in der Aufbauphase der Nachkriegsjahre immer auch Modell- und Vorbildcharakter und multiplizierten dadurch die Tendenz zu einer zynisch-pragmatischen Haltung in der übrigen Gesellschaft.

Apropos: Während der Hamburger Pädiater Rudolph Degkwitz Anfang der fünfziger Jahre in die USA emigrierte (aus familiären Gründen), saßen die von ihm wegen nachweislicher und jedermann bekannter nazistischer Verstrickungen 1945 aus ihren Lehrämtern entfernten akademischen Kollegen (mit vereinzelt Ausnahmen) **längst wieder in ihren Sesseln**.

Wir haben seit einigen Jahren bekanntlich — nie dankbar genug zu rühmende Ausnahme — einen Bundespräsidenten, der seine Mitbürger gelegentlich an diese nach wie vor nicht gern gehörte Binsenwahrheit erinnert und der dafür denn auch (keineswegs zufällig aus dem rechten Lager) kritisch-distanziert beäugt wird.

Nein, die Bundesrepublik hatte auch deshalb von vornherein kaum eine Chance, von der Gesamtheit ihrer Bürger als der allen gemeinsame Staat akzeptiert zu werden, weil Adenauers Politik diese Republik von Anfang an gleichsam »ex negativo« definiert hatte: nicht positiv, als politisches Gebilde mit einer bestimmten politischen und historischen Identität, sondern negativ, als Zweckverband aller antikommunistisch gesonnenen Individuen zur Verteidigung gegen eine aus dem Osten dräuende Gefahr.

Als Willy Brandt, Herbert Wehner und Egon Bahr darangingen, eine neue, auf Verständigung anstatt auf Konfrontation angelegte Ostpolitik in die Wege zu leiten, rührten sie daher unstreitig an den Magneten, der den bundesrepublikanischen Zweckverband bis dahin zusammengehalten hatte. Alsbald erwies sich, daß über den Fall nicht rational, nicht politisch also, diskutiert werden konnte. Die Antwort des konservativen Lagers bestand vielmehr in einem Ausbruch haßerfüllter Ablehnung.

355

Der irrationale Charakter der konservativen Kampagne gegen Brandts Ostpolitik wird durch nichts deutlicher unterstrichen als durch die Tatsache, daß die damalige Opposition diese Politik nahtlos fortsetzte, als sie wieder an die Regierung kam. Sachlich gab es keine Alternative. Groteskerweise neigt die konservative Koalition inzwischen sogar dazu, sich die »Aussöhnung mit dem Osten« als eigenes Verdienst zugute zu halten.

Als Kanzler Kohl kurz vor seiner ersten Moskaureise im Oktober 1988 in einem Fernsehinterview gefragt wurde, ob er nicht auch einige Vertreter der SPD mit auf die Reise nehmen wolle, gab er mit spöttisch herablassendem Lächeln die Antwort: »Na,

meinetwegen. Das Ganze ist ja ein großer Erfolg unserer Politik. Wenn da jetzt einige Herren von der Opposition auch noch schnell den rollenden Zug besteigen wollen, sollen sie es ruhig tun.«

Die Unterstellungen und Verleumdungen, zu denen sich in den siebziger Jahren Vertreter der sogenannten besseren Kreise, vor allem naturgemäß aber die Mitglieder der damals die Opposition bildenden »christlichen« Parteien, hinreißen ließen, wenn es galt, die führenden sozialdemokratischen Politiker beim Wahlvolk herabzusetzen und anzuschwärzen, finden in der deutschen Nachkriegsgeschichte an Bösartigkeit und Skrupellosigkeit nicht ihresgleichen.

In der Vorstandsetage von Mannesmann wurde wie selbstverständlich darüber geredet, daß Herbert Wehner seine Urlaube »in seiner Datscha bei Moskau« zu verbringen pflege, was ihm die Gelegenheit verschaffe, die Fortsetzung seiner politischen Kampagnen mit »seinen kommunistischen Genossen« abzustimmen. Abermals ein Beispiel für die realitätsblind machenden Wirkungen starker Affekte, denn Wehners Feriendomizil lag, wie alle Welt wissen konnte, in Schweden.

Auch der Hinweis, daß der CDU-Kanzler Kiesinger demnach während der Großen Koalition »einen von Moskau abhängigen alten Kommunisten« mit dem Posten eines gesamtdeutschen Ministers betraut hätte, machte in der ansonsten intelligenten Runde niemanden stutzig.

Bundeskanzler Brandt hieß in den mir bekannten konservativen Hamburger Ärztekreisen »Genosse Frahm«. (Die Usance erinnerte mich fatal an »Tante Martha«, meine gute alte Großmutter aus Bückeburger Tagen, die den Reichspräsidenten Ebert stets nur als »den Sattlergesellen« zu apostrophieren pflegte.)

Eine abendliche Tischrunde versuchte mich damals, nach Willy Brandts Wahlsieg, allen Ernstes davon zu überzeugen, »daß unser neuer Bundeskanzler zu Hause bekanntlich nur norwegisch spricht«.

*(d-2014:) wikipedia Usance Eine Usance (frz. ‚Brauch‘, Usanz) ist ein Handelsbrauch, der im Handel zwischen Geschäftsleuten in einem gesetzlich begrenzten Gebiet (z.B. Österreich) und bzw. oder in einer bestimmten Branche (z. B. Holzhandel) angewandt wird.

356

Und mein Ahrensburger Zahnarzt verriet mir durch eine unerwartete Frage, welche handfesten Sorgen ihn und seine konservativen Freunde sonst noch plagten. Wir standen vor unserem Haus, als der Arzt mit diplomatischen Wendungen behutsam vorfühlte, ob er mir einmal eine ganz persönliche Frage stellen dürfe. Ich ermutigte ihn dazu. Ob ich meine Stimme bei der Bundestagswahl wirklich Willy Brandt und der SPD gegeben habe, wollte er wissen. (Ich hatte mich im Wahlkampf zum Befremden

meiner Nachbarn öffentlich für »die Sozis« engagiert.) Als ich bejahte, folgte im Tone ratloser Verwunderung die Frage: »Bei dem Haus?«, wobei mein Gesprächspartner mit einer beziehungsvollen Kopfwendung auf unser (in der Tat ansehnliches) Domizil wies.

Ich verstand im ersten Augenblick nicht recht und wollte es im zweiten Augenblick nicht glauben. Aber der Mann, ebenfalls Hausbesitzer in Ahrensburg, bestätigte mir tiefbesorgt, daß er nunmehr ernstlich mit der Gefahr rechne, als »Kapitalist« von den neuen »sozialistischen Machthabern« enteignet zu werden.

Eine Sorge, deren Abstrusität noch heute verräterische Rückschlüsse auf die Qualität der im Bundestagswahlkampf 1972 von der christdemokratischen Union benutzten Munition zuläßt.

#

Es ist bemerkenswert (und beunruhigend), mit welcher Hartnäckigkeit diese wirklichkeitsferne Sichtweise die Zeiten überdauert. Bei einem Streitgespräch anlässlich der Bundestagswahlen 1987 warnte der CDU-Vertreter vor der Möglichkeit eines Wahlsieges der SPD unter anderem mit dem Argument: »Wenn die ans Ruder kommen, werden sie Deutschland zum dritten Male ruinieren.« Woran dachte der Mann bloß?

Er steht mit seiner Auffassung keineswegs allein, was auf die psychische Verfassung unserer politischen Gemeinschaft ein noch beunruhigenderes Licht wirft.

Ist das Unglück des Vaterlandes bisher nicht stets aus der entgegengesetzten Ecke gekommen? Säßen wir etwa nicht immer noch in Ostpreußen und Schlesien, wenn die Politik der »vaterlandslosen Gesellen« sich gegen die säbelrasselnde Politik der Kaiserzeit und die auf nackte Eroberung gerichtete Politik der Nationalsozialisten in unserem Volk hätte durchsetzen lassen?

Die Liste vergleichbarer, noch dümmere und bösertiger Beispiele, vor allem aus den siebziger Jahren, ließe sich auf eine deprimierende Länge bringen. Mich erfüllt die Erinnerung an das, was ich an dergleichen Kostproben auch im Kreise von Verwandten, Bekannten und Kollegen zu hören bekam, noch heute mit Traurigkeit.

357

Ich habe damals den Glauben daran verloren, daß man mit dem Menschen in seiner heutigen (»rezenten«) Konstitution das politisch verwirklichen kann, was die meisten von uns bei ruhiger Überlegung unter »Demokratie« verstehen.

So, wie ich, auch aus anderen Gründen, überhaupt bezweifle, daß wir das »Tier-Mensch-Übergangsfeld« unserer stammesgeschichtlichen Entwicklung wirklich, wie

Philosophen und Anthropologen uns glauben machen wollen, schon ganz durchschritten haben.

»Nicht mehr Tier und noch nicht Engel«, dieser Satz Pascals trifft unser Wesen ganz gewiß präziser und ehrlicher als die verbreitete Ansicht, wir seien schon identisch mit dem Lebewesen, das wir als »Menschen« theoretisch zu beschreiben in der Lage sind.

Es ist nicht unsere Schuld, daß wir uns im Ablauf der Zeiten just an jener Stelle der Entwicklung vorfinden, an der wir das Ziel der Menschwerdung schon klar zu erkennen vermögen, dem unsere Art allem Anschein nach zusteuert, an der wir jedoch noch zu sehr unter der Knute des Neandertalers in unserem Hirnstamm stehen, um dem Anspruch gerecht werden zu können, den der Begriff »Mensch« setzt.

Die Evolution hat uns bis an den Punkt geführt, von dem aus wir das Ziel sehen können. Aber wie Moses, den der Engel des Herrn auf einen Berg führte, um ihm das »Gelobte Land« zu zeigen, bleibt es auch uns versagt, das Gezeigte schon erreichen zu können. Es ist nicht unsere Schuld. Und wer es tröstlich findet, mag unsere Situation für tragisch halten. Aber wir sollten sie zur Kenntnis nehmen. Anthropologische Bescheidenheit ist geboten.

Ein in der Wolle gefärbter Konservativer lebt in einer Welt, in der er sich auf allen Seiten von Gefahren umstellt sieht: zuvörderst selbstredend von Kommunisten und »Sozis«, deren Ziel es ist, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung zu zerstören. Aber auch von Chaoten und Terroristen, unter deren Umtrieben die Fugen unserer Gesellschaft für seine Ohren bereits hörbar zu knistern begonnen haben.

Damit keineswegs genug: Verunsichert wird er auch von modernen Künstlern und Schriftstellern, die sein Kunstverständnis provozieren, von der Popszene, welche »die Jugend verdirbt«, von einer »pornographischen Welle«, die Kultur und Moral unter sich zu begraben droht, und des weiteren von allen möglichen Bürgerinitiativen, die sich unterfangen, die Autorität und Kompetenz der Obrigkeit in Zweifel zu ziehen.

358

Selbstverständlich verbergen sich hinter diesen Befürchtungen Risiken, die nicht nur aus der Luft gegriffen sind. Gleichwohl ist das Ausmaß der durch sie ausgelösten Bedrohungsängste ohne Zweifel irrational: Wenn die noch so abscheulichen Verbrechen von zehn oder zwanzig Terroristen ein ganzes Land an den Rand der Panik zu treiben vermögen und wenn Briefträger oder Lokomotivführer ihrer kommunistischen Einstellung wegen mit der Begründung aus dem Staatsdienst entlassen werden, sie könnten »im Ernstfall« ein Sicherheitsrisiko darstellen, dann stehen Anlaß und psychologisch ausgelöste Reaktion zueinander in einem grotesken, rational nicht mehr begründbaren Mißverhältnis.

Es ist leicht verständlich zu machen, daß es kein Vergnügen bedeutet, in einer Welt voller Bedrohungen zu leben. Leicht zu begreifen ist ferner, daß viele ihrer Bewohner unter einem emotionalen Druck stehen, der ihre Fähigkeit zur selbstkritischen Überprüfung der eigenen Weltsicht spürbar behindert aufgrund der allseits bekannten reziproken Beziehungen zwischen gedanklicher Schärfe und aktuellen Affekten. Womit die Chancen, jemanden mit der bloßen Kraft rationaler Argumentation von seiner konservativen (oder gar reaktionären) Plattform herunterzuholen, a priori äußerst beschränkt sind.

Diese Beschränktheit bildet die eigentliche Erklärung für die Unerschütterlichkeit, mit der die konservativen Bastionen — allen inneren Widersprüchen und objektiven Irrtümern zum Trotz — den kritischen Attacken ihrer politischen Gegner in aller Regel ohne Wackeln und Wanken standhalten.

Ein Konservativer strenger Observanz zählt seinem Wesen nach ungeachtet aller Lippenbekenntnisse nicht gerade zur Kerngruppe demokratisch gesonnener Mitbürger. Wer als rechter Politiker davon ausgeht, daß die Interessen des Vaterlandes letztlich nur in seinen Händen gewährleistet sind, neigt automatisch dazu, diese Interessen für gefährdet zu halten, sobald die Verantwortung für sie dem politischen Gegner zufällt.

»Ein Sieg der SPD wäre der Untergang Deutschlands«, lautete folgerichtig ein Wahlslogan der Adenauer-Regierung. Da wird ausgesprochen, was ein Konservativer im tiefsten Herzen von demokratischer Parteienkonkurrenz hält. Sie ist ihm in Wahrheit ein Greuel. Denn er hat sich innerlich längst in solchem Maße mit »seinem« Staat identifiziert — was er in aller Unschuld für einen Ausdruck nationaler Loyalität hält —, daß es ihm nicht als demokratische Normalität erscheint, sondern als ein Akt un»recht«mäßiger (linker) Usurpation, wenn der politische Gegner ihm in einer demokratischen Wahl die Regierungsmacht aus den Händen nimmt.

359

Folgerichtig und ohne falsche Scham wurde von der Springer-Zeitung <Die Welt> seinerzeit die Bildung der SPD-FDP-Koalition, die eine zur Ablösung des CDU-Kanzlers Kiesinger ausreichende Majorität herstellte, als »Links-Putschismus« qualifiziert.

Auch dieses in seinem Kern undemokratische Selbstverständnis der politischen »Rechten« bildet eine der Ursachen für den unleugbaren und allseits beklagten Vertrauensverlust gegenüber der staatlichen Obrigkeit. Das Gefühl, daß dieser Staat in Wirklichkeit gar nicht mehr »unser« Staat ist, sondern daß er von einer konservativen Regierungskoalition als in deren Verständnis »recht«mäßiger Besitz vereinnahmt

worden ist, findet immer neue Nahrung.

Insbesondere die Art und Weise, in der die Obrigkeit mit abweichenden Meinungen und Minoritäten umzuspringen sich angewöhnt hat, lähmt die Bereitschaft zum »Staatsvertrauen«.

Die Barschel-Affäre* war gewiß ein Exzeß und, hoffen wir es, eine einmalige Ausnahme. Aber selbst in ihrer kriminellen Übersteigerung trug auch sie gleich einer Karikatur noch die unverkennbaren Züge der ultrarechten Weltsicht. Denn wer mit dem Übergehen der Macht »an die Linken« eine Gefährdung nationaler Interessen assoziiert, dem erscheinen konsequenterweise auch kriminelle Methoden noch als Akte patriotischer Notwehr und damit in einem höheren als einem bloß formalen, legalistischen Sinne als »rechtschaffen«.

Alle vier Jahre darf der Bürger an der politischen Willensbildung mitwirken durch die Abgabe seiner Stimme für eine bestimmte Partei. Immer häufiger wird er dabei genötigt, sich auf Kopplungsgeschäfte einzulassen, gegen die er sich im ökonomischen Bereich mit Hilfe einschlägiger Wettbewerbsregeln erfolgreich zur Wehr setzen könnte.

In der Politik jedoch bleibt ihm diese Möglichkeit versagt. Denn in der auf seine Stimmabgabe folgenden vierjährigen Legislaturperiode unterliegt diese Willensbildung, unterliegen sämtliche politische Entscheidungen dem Monopol der mit Mehrheit gewählten Partei oder Parteienkoalition.

Während dieser vierjährigen Zeitspanne hat der mündige Bürger den Mund zu halten. Auf keine in diesem Zeitraum zu fällende politische Entscheidung hat er den geringsten Einfluß. Den hat er zusammen mit seiner Wählerstimme bis zum nächsten Wahltag unwiderruflich abgegeben.

*(d-2014:) wikipedia Barschel-Affäre

360

So ergab sich – um nur ein einziges Beispiel anzuführen – bei der Bundestagswahl 1983 für nicht wenige Wähler eine Zwickmühle aus der Tatsache, daß es ein und dieselbe Partei war, die mit Nachdruck versprach, »die Arbeitslosen durch die Aufhebung des (angeblich bestehenden) Investitionsstaus von der Straße zu holen«, und die außerdem erklärte, daß sie an der Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen und ebenso »an dem zügigen weiteren Ausbau der Kernenergie« festhalten werde.

Wie sollte da stimmen, wer an das (später uneingelöst gebliebene) Versprechen glaubte und seinen Arbeitsplatz für gefährdet hielt, zugleich aber überzeugt davon war, daß die Durchführung der »Nach«-Rüstung und/oder der Ausbau der Atomenergie Risiken heraufbeschwor, die er ablehnte?

Ist der Verdacht etwa von der Hand zu weisen, daß derartige »Kopplungen« von bestimmten Parteien ganz bewußt aus taktischen Gründen hergestellt werden?

Auf diese Weise läßt sich immerhin, gestützt auf die Ergebnisse von Meinungs-umfragen, durch die Herausstellung eines von einer Mehrheit dringend erwünschten Angebots (zum Beispiel wirkungsvolle Bekämpfung der Arbeitslosigkeit) ein »Stimmensog« schaffen, in dessen Strom dann auch unpopuläre, von derselben Mehrheit in Wirklichkeit womöglich abgelehnte Entscheidungen formal eine demokratische Legitimation erhalten.

Ich möchte nicht mißverstanden werden. Mir ist klar, wie groß der Fortschritt historisch einzuschätzen ist, den die Einführung des allgemeinen Wahlrechts bedeutet hat. Es darf unter keinen Umständen angetastet werden.

Jedoch scheint mir fast von Jahr zu Jahr deutlicher zu werden, daß es in unserer fortgeschrittenen Industriegesellschaft nicht mehr genügt, wenn der Bürger von diesem Recht in Abständen von vier Jahren einen jeweils einmaligen Gebrauch machen darf. Die in unserem Grundgesetz vorgesehene Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung ist infolge dieser Praxis längst zu einem Parteienmonopol entartet.

Fraglich ist dabei vor allem der Umstand, daß die einmalige Stimmabgabe der jeweils als Mehrheit installierten Partei oder Koalition quasi einen für vier Jahre gültigen Blankoscheck ausstellt. Sie erhält das Recht, in den folgenden vier Jahren nach eigenem Ermessen ohne Rücksicht auf abweichende Meinungen und Minderheiten zu schalten und zu walten.

361

Grundsätzlich gehört es zwar zu den demokratischen Tugenden, sich den Entscheidungen einer gewählten Mehrheit zu fügen. Ein durch einen einmaligen Wahlakt erworbenes Entscheidungsmonopol wird jedoch fragwürdig, wenn es Entscheidungen einschließt, die langfristige, über den Zeitraum einer Legislaturperiode weit hinausgehende (oder gar irreversible) Konsequenzen nach sich ziehen.

Die demokratische Verpflichtung einer Minderheit zur Tolerierung von Mehrheitsvoten ist nicht zuletzt durch die Aussicht darauf legitimiert, nach der nächsten Wahl selbst die Rolle des Entscheidungsträgers spielen und vorangegangene Beschlüsse gegebenenfalls aufheben oder korrigieren zu können. – Gerade bei den für den zukünftigen Weg unserer Gesellschaft wichtigsten Entscheidungen ist das heute aber nur noch selten möglich.

Der Ausbau der Kernenergie zum Beispiel bindet ein so gewaltiges Kapital, daß die

festgelegten Summen, die sich ja amortisieren müssen, auf Jahrzehnte hinaus wirksame »Sachzwänge« entstehen lassen. Damit aber wird, im Widerspruch zu dem von den Betreibern selbst eingeräumten Übergangscharakter dieser Art der Energieerzeugung, die Energiepolitik entsprechend lange festgelegt und die wahrscheinlich schon in absehbarer Zeit aktuell werdende Möglichkeit, auf günstigere, zukunftsweisende Techniken (Solarenergie, Wasserstofftechnologie) umzusteigen, auf lange Sicht verbaut.

Die mit den Strahlenrisiken der Kerntechnik verbundenen Konsequenzen sind durch keinen zukünftigen Regierungswechsel mehr aus der Welt zu schaffen. Sie erstrecken sich nicht über Zeiträume in der Größenordnung von Legislaturperioden, sondern von Lebensgenerationen. Um derart langfristige Folgen aber geht es heute bei allen Entscheidungen im ökologischen Bereich und oft auch darüber hinaus: Ob Sicherheitspolitik, Verkehrspolitik oder Verbraucherschutz, ob Boden- oder Trinkwasserschutz, ob es sich um Maßnahmen zur Vorbeugung gegen die drohende Klimakatastrophe handelt oder zur Erhaltung einer Luftqualität, die es erlaubt, auch in Zukunft noch ohne Sorgen um seine Gesundheit Atem holen zu können — immer häufiger geht es in unserer Gesellschaft um Entscheidungen, die unseren Kindern und Kindeskindern Lasten und »Sachzwänge« aufbürden, mit denen sie sich abzufinden haben werden, ohne je gefragt worden zu sein.

362

In einer solchen Lage wären nun äußerste Behutsamkeit und Zurückhaltung bei allen bedeutenden Entscheidungen das vertrauenerweckende Markenzeichen einer Obrigkeit, die den von ihr geleisteten Schwur, »Schaden vom Volke abzuwenden«, nicht lediglich als ein zum Ritual der Amtsübernahme gehörendes Lippenbekenntnis betrachtet. Bei so langfristigen Folgen wären ein besonders großer Respekt vor opponierenden Minderheiten und eine besonders große Sensibilität ihren Einwänden und Bedenken gegenüber beruhigende Anzeichen des Obwaltens einer von wahrhaft demokratischem Geist beseelten Regierung. Jedoch haben wir bekanntlich nicht den geringsten Grund zur Beruhigung.

Unsere Obrigkeit läßt vielmehr keinen Zweifel daran, daß sie auch bei existentiellen Zukunftsfragen nicht daran denkt, die von ihr regierten Untertanen an der Entscheidungsfindung — etwa durch die grundgesetzlich zugelassene Möglichkeit einer Volksbefragung — zu beteiligen.

Dabei gibt es für die Legitimität des immer deutlicher vernehmbaren Bürgerwunsches nach dieser Form einer Teilhabe an der gesellschaftlichen Kursbestimmung Kronzeugen, die über jeden Zweifel erhaben sind.

So legte Ernst Mahrenholz, Richter am Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe, »Sieben Thesen zu Fragen der direkten Demokratie« vor.* In der vierten dieser Thesen

heißt es:

»Es muß ein Wechselspiel möglich sein zwischen der politischen Integration des Gesamtspektrums gesellschaftlicher Fragen in ein politisches Programm, das eine in sich kohärente Politik ermöglicht, und einer eigenständigen Artikulationsmöglichkeit des Volkes durch die direkte Entscheidung gewichtiger politischer Einzelfragen. Dies ist auch eine Frage des Freiheitsverständnisses eines freiheitlich-demokratisch verfaßten Gemeinwesens.«

Unsere Obrigkeit jedoch ist auf diesem Ohr stocktaub. Unbeirrt demonstriert sie bei jeder Gelegenheit, daß sie Ansichten und Argumente von außerhalb des Parlaments, die den ihren widersprechen, nicht nur nicht zur Kenntnis zu nehmen gedenkt, sondern sogar als ungehörige Einmischung betrachtet (wenn nicht gar als ein Indiz staatsfeindlicher Gesinnung).

Das hinter dieser Verweigerung stehende Freiheitsverständnis kann nur noch in eingeschränktem Sinne als »demokratisch« bezeichnet werden. Wieder liefert die Auseinandersetzung um die Frage des Ausbaus der Atomenergiegewinnung die handgreiflichsten Beispiele.

*Ernst-Gottfried Mahrenholz, »Teilhabe, Entscheidungslegitimation und Minderheitenrechte in der repräsentativen Demokratie«, in: Däubler-Gmelin/Adlerstein (Hrsg.), »Menschengerecht, 6. Rechtspolitischer Kongreß der SPD 1986«, Heidelberg 1987, S.371.

363

Eines davon ist der seit Jahren schwelende Streit um die Wiederaufarbeitungsanlage bei **Wackersdorf** in Bayern. Zwar ist der ursprüngliche Grund für ihren Bau, nämlich die seinerzeit befürchtete Verknappung von Natururan, inzwischen hinfällig geworden. (Die Erdkruste enthält mehr als genug von dem Teufelszeug.) Zwar läßt sich nach Ansicht der überwiegenden Mehrheit der Experten auch sonst kein überzeugender Grund für die Notwendigkeit einer solchen Anlage nennen. Trotzdem ist die bayerische Landesregierung mit Unterstützung des Bundes entschlossen, das sachlich nicht zwingende und ökologisch mehr als bedenkliche Projekt allen Widerständen und Einwänden zum Trotz auf Biegen und Brechen durchzuziehen.

Der Grund dafür ist nicht mehr rationaler Natur. Es sei notwendig, daß der Staat in Wackersdorf »Flagge zeige«, erklärte Franz Josef Strauß. Die »Staatsräson« also erzwingt hier angeblich ein Projekt, das, wie von allen Seiten inzwischen stillschweigend eingeräumt wurde, weder vernünftig noch zweckmäßig, noch ökologisch unbedenklich ist. **Es komme nicht in Frage, sich »dem Druck der Straße zu beugen«**, sagte derselbe Ministerpräsident, der bald darauf in offiziellen Nachrufen und Trauerreden auch als »großer Demokrat« apostrophiert wurde.

Da scheint mir denn doch eine höchst seltsame Variante von Demokratieverständnis vorzuliegen.

Selbstverständlich hat niemand »von Staats wegen« jemals erklärt, daß ihm Meinungen des regierten Volkes, die von der Regierungsposition abweichen, höchst gleichgültig seien. Die obrigkeitliche Abweisung aufmüpfig protestierender Untertanen (die so naiv sind zu glauben, daß die von ihnen gewählte Regierung sie wirklich als »mündige Bürger« betrachtet) bedient sich einer subtileren und — ich kann das Wort hier nicht vermeiden — perfideren Methode. Die gegen das Wackersdorfprojekt mit niemals widerlegten Einwänden aufbegehrenden Bürger wurden in die »kriminelle Ecke« gestellt. Ich fürchte, daß hier eine Parallele besteht zu der bis vor kurzem in der Sowjetunion geübten Methode, mißliebige Meinungsabweichler (Dissidenten) dadurch in der Gesellschaft zu diskreditieren, daß man sie für geisteskrank erklärte.

Beunruhigenderweise sind Parallelen zu totalitären Gepflogenheiten im Umgang mit oppositionellen Minderheiten auch sonst nicht zu übersehen.

364

So wurde im Dezember 1986 zum Beispiel einer österreichischen Journalistin, die im offiziellen Auftrag des Österreichischen Rundfunks über eine Protestaktion in Wackersdorf berichten wollte, von der bayerischen Grenzpolizei die Einreise mit der vom Münchener Polizeipräsidium telephonisch übermittelten Begründung verweigert, es bestehe »die Gefahr, daß die Journalistin über negative Geschehnisse berichten« werde. So die ungenierte Argumentation eines leitenden Beamten einer Regierung, die bis zur »Glasnost«-Reform keine Gelegenheit versäumte, »die dem Geist von Helsinki widersprechende Behinderung der freien Berichterstattung im Ostblock« mit selbstgerechtem Pathos anzuprangern.

In Wackersdorf und bei anderen Protestaktionen sind es nicht die Steinewerfer und die psychopathischen Berufsrandalierer, welche die Demokratie gefährden. Diese sind »normale« Rechtsbrecher, die mit den für ihre Handlungen vom Gesetz vorgesehenen Strafen zu rechnen haben. Nein, wer in Wackersdorf und anderswo die Demokratie beschädigt, das sind jene, die eine Handvoll von Gewalttätern begierig als Vorwand benutzen, um die Masse der gewaltlos Demonstrierenden zu verleumden, was sie vordergründig der Pflicht enthebt, sich deren Argumente und Einwände auch nur anzuhören.

Wo sonst, wenn nicht unter den gewaltlos Demonstrierenden — und das ist die überwältigende Majorität —, ist der in Wahlreden stereotyp beschworene »mündige Bürger« außerhalb der nur einmal alle vier Jahre wiederkehrenden Wahltag zu finden?

Welche Möglichkeit hat er sonst, zwischen den Wahlen kundzutun, was ihm in seiner

Mündigkeit nicht behagt? Andere, etwa plebiszitäre Formen der Beteiligung an der politischen Willensbildung (Stichwort: »Volksentscheid«) werden ihm ja unter allerlei Vorwänden vorenthalten.*

* Einer dieser Vorwände besteht in dem Hinweis auf Gefahren wie die, daß besonders abscheuliche Verbrechen (zum Beispiel Kidnapping mit Ermordung des entführten Kindes) **dann auf dem Wege des Plebiszits die Wiedereinführung der Todesstrafe zur Folge haben könnten**. Der Einwand ist jedoch nichtig, denn die Abschaffung der Todesstrafe ist grundgesetzlich abgesichert. Plebiszite aber könnten Rechtsänderungen nur innerhalb des grundgesetzlich festliegenden Rahmens herbeiführen. In der Praxis würden sie sich in aller Regel auf ordnungsrechtliche Bestimmungen beziehen, mit denen unterhalb des Schutzes der Verfassung angesiedelte Sachverhalte nach den Gesichtspunkten von Zweckmäßigkeit und gesellschaftlichem Interesse geregelt werden (Wasserschutz, Lebensmittelverordnungen, Verkehrsordnung, Städte- und Landschaftsplanung, Natur- und Artenschutz usw.).

365

Also geht er, was bleibt ihm übrig, auf die Straße und macht den Mund auf: gegen die Aufstellung neuer Raketen, gegen die Vergiftung von Atemluft und Trinkwasser, gegen den Bau von Kernkraftwerken, gegen den Egoismus, mit dem manche Industriebetriebe einen Teil ihrer internen Kosten in Gestalt von Emissionen, Abwässern oder Verpackungsmüll auf seine Schultern abwälzen.

Notabene haben die in dieser Weise Kritisierten bisher (fast) noch nie den Versuch gemacht, sich mit dem Einwand zu verteidigen, die protestierende Gruppe sei nicht sachverständig, so daß man ihren Widerspruch nicht ernst nehmen könne. Ganz am Anfang der Antikernkraftbewegung hat es diese Defensivstrategie gegeben. Seitdem wird von ihr kein Gebrauch mehr gemacht. Die Betroffenen wissen sehr wohl, wie beachtlich die Einwände sind, die ihnen die glänzend informierten Protestbewegungen entgegenhalten.

Eben deshalb greift man nun als Ultima ratio zum großen Knüppel und spricht den Demonstranten kurzerhand ihre demokratische Gesinnung ab. An die Stelle des Arguments tritt die gezielte Verleumdung und, wo immer es staatliche Institutionen sind, gegen die der Protest sich richtet, der Versuch, durch neue rechtliche Konstruktionen auch die gewaltlosen Protestler zu staatsfeindlichen, kriminellen Elementen zu stempeln.

Am deutlichsten war wieder Franz Josef Strauß. Während Helmut Kohl sich anfangs auf die knappe Formel beschränkte, daß es »der Pöbel« sei, der sich da auf den Straßen äußere, diagnostizierte sein »Männerfreund« in München den Aufmarsch »wandernder Bürgerkriegsarmeen«.

Da wollte sich auch Helmut Kohl nicht lumpen lassen und beschuldigte die Grünen im Sommer 1986 bei einer Ansprache vor Grenzschutzeinheiten, sie forderten die Stilllegung aller Kernkraftwerke nur, um die Bundesrepublik »sturmreif zu machen«.

Der große Demokrat in München reagierte zustimmend und setzte gleich noch einen drauf, indem er die Behauptung aufstellte, daß es das wahre Ziel der Atomkraftgegner sei, das Land »in ein Chaos zu stürzen«, von dem letzten Endes die Sowjetunion profitieren werde, weil sie dann »die Macht in Europa übernehmen könnte«.

(Was die Kunst angeht, in einem Satz gleich an mehrere bürgerliche Alpträume zu appellieren, hat Strauß eine Lücke hinterlassen, die auch ein Heiner Geißler trotz unbestreitbarer Talente niemals wird ausfüllen können.)?

* (d-2014) wikipedia Franz_Josef_Strauß

366

Es leuchtet ein, daß die Friedfertigkeit protestierender Bürger unter einer solchen Behandlung Schaden nehmen muß. Eine emotionale Eskalation ist unausbleiblich. Die Formen, in denen sich die Entrüstung auf Seiten der staatlich geschmähten Protestler äußert, dienen der jedem Widerspruch zunehmend autoritär entgegentretenden Obrigkeit ihrerseits zur Rechtfertigung dafür, die Schraube juristischer und polizeilicher Gegenmaßnahmen weiter anzuziehen. So kommt der alle demokratischen Spielregeln und Freiräume einengende Kreislauf von staatlicher Gewalt und protestierender Gegengewalt in Schwung — und die Demokratie unter die Räder.

Der undemokratische Widersinn, der in unserer Republik inzwischen zum Tagesgeschehen gehört, wird sogleich verständlich und erklärbar, wenn man sich vor Augen führt, welche Kräfte unsere Gesellschaft in Wahrheit regieren.

Unser Gemeinwesen ist genaugenommen schon nicht mehr ein »Staat« im konventionellen Sinne. Auch unsere Politiker sind eigentlich nicht mehr »Staatsmänner«, sondern Administratoren innerhalb von Aktionsräumen, die sich unter dem Einfluß wirtschaftlicher Sachzwänge stetig verkleinern.

Zugespitzt formuliert, leben wir nicht mehr in einer Republik, sondern in einer Interessengemeinschaft, die mehr von den Regeln der freien Marktwirtschaft gesteuert wird als von demokratischen Gesetzen und die uns alle, die wir einmal Bürger waren, schon längst in Konsumenten verwandelt hat.

Über alle für die langfristige Entwicklung unserer Gemeinschaft wichtigen Fragen wird längst nicht mehr von Politikern, sondern von den Managern der Industrie befunden. Das liegt in der Entwicklungslogik einer fortgeschrittenen Industriegesellschaft: Es ist die Konsequenz des Wissensvorsprungs der in Wirtschaft und Industrie tätigen Experten. Sie verschaffen der Wirtschaft ein Monopol hinsichtlich aller jener Informationen, ohne die sich ein Industrieland heute nicht mehr steuern läßt.

Der Schöpfer des größten europäischen Technologiekonzerns, der Unternehmer Ludwig Bölkow, gehörte einst zu den eifrigsten Fürsprechern eines forcierten Ausbaus der Energiegewinnung durch Kernkraft. Heute räumt er freimütig ein, daß er sich geirrt habe. Auf die Frage eines Reporters, wie ausgerechnet ihm das habe passieren können, gab er zur Antwort: *»Was sollte ich denn machen? Bei einer solchen Frage verläßt man sich eben auf die Angaben aus der Stromwirtschaft.«*

Wenn schon ein »Insider« der Wirtschaft das sagt, wie abhängig muß sich dann der normale Politiker erst fühlen? Wen soll er um die für seine Entscheidung notwendigen Informationen bitten? Den mit dem erforderlichen Sachverstand ausgestatteten Spezialisten. Und wo findet er den? In dem mit dem jeweiligen Problem beschäftigten Industriezweig.

367

Nun kann aber der in der betreffenden Branche tätige Spezialist aus auf der Hand liegenden psychologischen Gründen nicht so objektiv und unparteiisch sein, wie eine das Interesse der Allgemeinheit berührende Entscheidung es wünschenswert erscheinen ließe. Er kann es nicht, selbst wenn er es wollte und sich nach besten Kräften darum bemühte. Dies von ihm zu verlangen wäre unbillig. Denn der Mann könnte auch bei bestem Willen nicht ad hoc über den Schatten seiner in vielen Berufsjahren erworbenen Betriebsloyalität springen. Er kann folglich auch bei der Beantwortung einer von der Politik an ihn gerichteten Frage gar nicht umhin, sich mit den Zielen zu identifizieren, die den Zweck des Unternehmens definieren, dem er angehört.

Und so kommt es dann, daß in der offiziellen Diskussion über den weiteren Weg der Energiepolitik mit Strompreisangaben (und Bedarfsprognosen!) taktiert wird, die zugunsten des Atomstroms sprechen und unter deren Einfluß die Politik des »zügigen weiteren Ausbaus der Kernenergie« die in den Augen der Betreiber wünschenswerten Impulse erhält. Bis sich dann Jahre später herausstellt (wenn es zu spät ist, weil die Milliardengräber der Kraftwerksbauten inzwischen »unaufhebbare Sachzwänge« geschaffen haben), daß bei der Kostenkalkulation gravierende Faktoren wie Transport-sicherung, Entsorgung und Endlagerung »vergessen« wurden.

Den in einer demokratischen Gesellschaft zur Kursbestimmung berufenen Volksvertretern bleibt dann nur noch »ja und amen« zu sagen übrig. Und, angesichts der sonst einzuräumenden eigenen fachlichen Inkompetenz (die ihnen andererseits niemand würde vorwerfen können), die kühne Behauptung, es habe sich um eine von ihnen aus begründeter Überzeugung getroffene Entscheidung gehandelt, die nach wie vor richtig sei.

Denn das Eingeständnis eines Irrtums oder unzureichenden Wissens verträgt sich, so ehrenwert es wäre, nicht mit dem Selbstverständnis eines Berufspolitikers. Eine Einstellung, aus der sich des weiteren dann der Zwang ableitet, widersprechenden Bürgern mit Entschiedenheit und Selbstsicherheit entgegenzutreten und ihnen das Recht auf Gehör abzusprechen.

368

So kommt es, daß das landschaftszerstörende Milliardenprojekt des Rhein-Main-Donau-Kanals bis zum bitteren Ende fortgeführt werden wird, obwohl seine verkehrspolitischen Voraussetzungen inzwischen auch nach dem Urteil der Experten hinfällig geworden sind.

Nach dem gleichen Muster ist es zu erklären, daß kein Politiker sich dazu aufrafft, den irrwitzigen, beliebig fortsetzbaren Wettlauf zwischen Straßenbau und Automobilproduktion zu beenden durch ein der Vernunft zu ihrem Recht verhelfendes gesetzliches Machtwort. Denn auch die Verkehrspolitik in unserem Lande liegt in Wirklichkeit längst in den fachkundigen Händen der Automobilhersteller.

Mit der Folge, daß die Oberfläche unserer Republik weiter mit Asphalt versiegelt wird, daß unsere Luft ungesünder und unsere Wälder kränker werden und daß der autofahrende Bürger für das zweifelhafte Vergnügen, immer häufiger auf verstopften Autobahnen hängenzubleiben, gleich zweimal geschöpft wird: einmal für den Bau von noch mehr Straßen (damit die Autoindustrie ihre Produktion weiterhin absetzen kann) und zum zweiten zur Subventionierung der Bundesbahn, die durch den Irrsinn in die roten Zahlen getrieben wird.

Wer als Bürger gegen diese offenkundige Unvernunft aufbegehrt, wird von den Verantwortlichen jedoch, notfalls unter Einsatz aller staatlichen Mittel, in seine Schranken gewiesen — denn die Politiker haben eine heilige Scheu davor, öffentlich zuzugeben, daß sie in ihren Entscheidungen nicht mehr frei sind (vielleicht gestehen sie das nicht einmal sich selbst ein).

Die Effizienz unserer Industrie ist über jeden Zweifel erhaben. Sie ist in unserem Gemeinwesen konkurrenzlos. Nicht zuletzt darum weht in den Chefetagen der großen Werke und der großen Banken ein deutlich wahrnehmbares Lüftchen von Größenwahn. Man weiß dort, wer dieses Land in der Hand hat, und man hat ein gutes Gewissen dabei.

Wann immer eine Regierung, sei es in Bund oder Land, ansetzt, eine Regelung auch nur zu diskutieren, die der Industrie im Interesse des Gemeinwohls spürbare Beschränkungen zumuten würde (Verbot ozonzerstörender Treibgase, Einschränkung

eines übertriebenen Verpackungsluxus zur Müllreduzierung, dem Stande der Technik wirklich entsprechende Emissionsschutzinstallationen usw.), hört man von »Sorgen um eine Beeinträchtigung des Investitionsklimas«, und schon zuckt der Gesetzgeber furchtsam zurück.

Dann erweist sich, wer tatsächlich Herr im Hause unserer Republik ist.

369

Nun ist nicht zu bestreiten, daß wir unseren beispiellosen Wohlstand der Industrie verdanken. Aber ebensowenig läßt sich bestreiten, daß kaum jemand von uns jemals an den Preis denkt, den wir dafür entrichten müssen, daß wir uns der güterspendenden Produktivität der freien Marktwirtschaft anvertraut haben.

Längst hat sich der nach der Währungsreform 1948 einhellig begrüßte Konsumgütersegen in eine Konsumverpflichtung für jeden verwandelt. Die Industrie ist nicht mehr in erster Linie für uns da (zur Erfüllung unserer Bedürfnisse und zur Hebung unseres Wohlstandes). Eher ist es umgekehrt: Wir sind für die Industrie unentbehrlich geworden, weil wir als die Gesamtheit der Konsumenten den Markt bilden, ohne den keine Industrie überleben kann.

Es ist daher für den Bestand unserer ökonomistisch orientierten Gesellschaft von existentieller Bedeutung, daß wir nicht einfach nur verbrauchen, sondern daß wir das auch in einem wachsenden Ausmaß tun. Verbrauch ist zur staatsbürgerlichen Pflicht geworden. Bescheidenheit grenzt an Sabotage. Daher fällt ein »Aussteiger«, der »Konsumverzicht« treibt, der sozialen Ächtung anheim, in bezeichnendem Unterschied zum Bankrotteur, der sich beim Konsum übernommen hat.

Aussteiger aber sind die Ausnahmen. Die Werbung hat es mit wissenschaftlich ausgeklügelten Methoden fertiggebracht, fast allen von uns ein konsequentes Verbraucherbewußtsein anzuerziehen. Wir kaufen seit langem nicht mehr nur das, was wir brauchen, sondern wir kaufen vieles, um zu verbrauchen.

Die Zahl der Menschen, die sich jahrelang krummlegen, nur um ein Auto fahren zu können, das ihr Haushaltsbudget übersteigt (obwohl sie den Erfordernissen ihrer individuellen Mobilität auch mit einem bescheideneren Erzeugnis gerecht werden könnten), dürfte bei uns (und nicht nur bei uns) in die Millionen gehen.

Der Geist des Kommerzes ist in unserer Gesellschaft so stark entwickelt, daß viele von uns, ohne sich darüber klar zu sein, längst zu Wirtschaftssubjekten geworden sind. Sie haben begonnen, alles, was sie umgibt, als potentielle Ware anzusehen und nach Geldeswert einzuschätzen.

Ich erinnere mich noch meiner Verblüffung über die Art und Weise, in der mir ein vermögender Bankier eines Tages voller Stolz seine Gemäldesammlung vorführte. Mein Gastgeber verlor kein Wort über den jeweiligen Künstler, das Entstehungsjahr oder die Geschichte des Bildes. Dafür erfuhr ich in jedem Falle den Preis, für den das Bild erstanden worden war, die Summe, die es dem Besitzer gegenwärtig bei einem Verkauf einbringen würde, und die für die kommenden Jahre zu erwartende Wertsteigerung. Der Mann hatte an der ästhetischen Qualität seiner Bilder nicht das geringste Interesse. Er genoß sie nicht als Kunstwerke, an denen sein Herz hing, sondern als im Kurse steigende, an seiner Wand hängende Aktien.

370

Für deutsche Börsenmakler und ihre Klienten war die Katastrophe von Tschernobyl in erster Linie eine Chance für rasche Gewinne. *»Wir hatten einen schönen kleinen Reaktorunfall mitten in der Kornkammer des Ostens«*, erklärte ein Sprecher der Hamburger City-Anlageberatungs-GmbH im Mai 1986 erfreut und erläuterte seinen Kunden, wie sich »aus der Sache« durch den rechtzeitigen Ankauf von billigem amerikanischem Weizen »eine schöne Stange Geld machen« lasse.

Einen besonders überzeugenden Beleg für die Ansteckungskraft kommerzieller Mentalität erlebte ich vor vielen Jahren auf dem römischen Flugplatz Fiumicino.

Als ich nach meiner Ankunft fragte, wo ich mein Geld in italienische Währung umtauschen könne, wurde ich an einen Schalter verwiesen, auf dessen Frontseite in großen Buchstaben die Worte »Banco di Santo Spirito« prangten.

Auf Nachfrage wurde mir bereitwillig bestätigt, daß es sich um ein Geldinstitut des Vatikans handele. Ich empfand es als einen Schock, auf diese Weise zu erfahren, daß 2000 Jahre, nachdem der Mann, auf den sich diese Kirche gründet, die Geldwechsler aus dem Tempel gejagt hatte, der Heilige Geist höchstselbst unter die Geldwechsler gegangen war. Meines Wissens existiert diese »Bank des Heiligen Geistes« seit einigen Jahren nicht mehr. Ihre Geschäfte wurden von der ebenfalls vatikaneigenen Bank »Istituto per le Opere di Religione« (IOR) übernommen, gegen die Ende der achtziger Jahre wegen des Verdachts der Beteiligung an weltweiten illegalen Devisengeschäften Ermittlungen der römischen Staatsanwaltschaft aufgenommen wurden.

Gegen drei der Verantwortlichen des IOR, darunter einen leibhaftigen Erzbischof, ergingen sogar Haftbefehle, die nicht vollstreckt werden konnten, weil sich die Beschuldigten weigerten, den Vatikanstaat zu verlassen. Wer dem »Gott des Geldes« die Finger reicht, riskiert, und wenn es die Kirche selbst ist, sich seine Finger dabei schmutzig zu machen.

Marktwirtschaft funktioniert nur im Umgang mit Dingen und Beziehungen, die sich in Geldeswert ausdrücken lassen. Wer sich ihr so bedingungslos in die Arme wirft, wie wir es getan haben, erliegt leicht der Versuchung, den in Geld ausdrückbaren Handelswert allen anderen Maßstäben vorzuziehen.

371

Eben deshalb, weil sie die Sicherstellung eines anhaltenden Wirtschaftswachstums allen anderen sozialen Zielen überordnet, setzt unsere Regierung die ihr zu Gebote stehenden Machtmittel zum Schutz bestimmter wirtschaftlicher Interessengruppen (zum Beispiel Chemieproduzenten) ein und nicht zur Unterstützung jener, die durchzusetzen versuchen, daß der Vergiftung von Luft, Wasser und Böden endlich Einhalt geboten wird.

Eine politisch und psychologisch so total von wirtschaftlichen Faktoren bestimmte Gemeinschaft wie die unsere aber ist nicht fähig, ihren Mitgliedern ein Selbstverständnis zu vermitteln, in dem diese sich als Bürger unter dem Dach eines allen gemeinsamen Staates erleben könnten.

Der partikulare Charakter der vielfältigen und spezifischen Wirtschaftszweige, aus denen sie sich zusammensetzt und auf die sich ihre Lebensfähigkeit gründet, läßt diese Gesellschaft vielmehr als ein bunt zusammengewürfeltes Mosaik von Interessengruppen erscheinen, von denen jede egoistisch ihre Ziele verfolgt.

So, wie (einem alten Studentenwitz zufolge) ein Paläontologe aus seinem einseitig professionellen Blickwinkel dazu neigt, uns alle als »zukünftige Fossilien« zu betrachten, so drückt sich in den von der Kompetenz und Wirtschaftskraft etwa der Automobilindustrie durchgesetzten Entscheidungen das Bild einer »automobilen Gesellschaft« aus, deren Mitglieder den Erfolg offizieller Politik an der Zahl der neu zugelassenen Pkw und der neu gebauten Straßenkilometer zu messen pflegen.

Analog dazu sieht die Energiewirtschaft uns alle in erster Linie als Stromverbraucher. Die Tourismusbranche wiederum geht von Bürgern aus, für die Bäume in Hanglagen eine potentielle Unfallursache bei Abfahrtsläufen darstellen, und setzt sich damit scharf ab von der Sichtweise der Hersteller (tatsächlich oder auch nur angeblich) umweltfreundlicher Produkte. Und aus der Perspektive der Pharmaindustrie handelt es sich bei uns um vorläufig gesunde Mitmenschen.

Nun kann man die Zahl und Art der Steinchen, aus denen sich unsere Gesellschaft in dieser Weise zusammengesetzt denken läßt, beliebig vergrößern. Das Bild wird dann entsprechend schärfer. Aber so weit man das Spiel auch fortsetzt, niemals erreicht man einen Punkt, an dem das Mosaik zu einem geschlossenen Ganzen zusammenfließt.

Die Gesellschaft präsentiert sich stets als ein Sammelsurium verschiedenartigster Interessengruppen, die allein von ihren branchenspezifischen Motiven gesteuert werden und in deren Gesichtsfeld für übergeordnete Begriffe wie etwa den des »Gemeinwohls« kein Platz ist. In ihrer Gesamtheit bietet sie so den Anblick eines riesigen Basars. Eine Konsequenz dieser Struktur sind die innenpolitischen Spannungen, wie ich sie beschrieben habe.

Es erscheint mir möglich, für sie eine letztlich allen Bürgerprotesten zugrundeliegende gemeinsame Wurzel anzugeben: Eine wachsende Zahl von Menschen fühlt sich irritiert von der Tatsache, daß die den Kurs ihres Gemeinwesens bestimmenden Faktoren immer häufiger von Sachzwängen vorgegeben werden, die primär wirtschaftlichen Entscheidungen entsprungen sind. Sie beweisen damit angesichts der aus dieser Tendenz erwachsenden Gefahren eine weitaus größere Sensibilität als die Politiker, die dem Phänomen gegenüber bisher blind zu sein scheinen.

Denn es wäre in der Tat ein alarmierendes Symptom beginnenden kulturellen Niedergangs, wenn unsere Gesellschaft die Kraft einbüßen sollte, die ihren zukünftigen Kurs bestimmenden Daten aufgrund eigener, humaner Wertvorstellungen zu definieren und ihren Entscheidungen zugrunde zu legen.

Die Gesellschaft hat das Recht und sogar die Pflicht, die Wirtschaft in ihren Dienst zu nehmen. Nicht umgekehrt. Hinter der Unruhe, die sich seit etlichen Jahren, vor allem unter unseren jüngeren Mitbürgern, rührt, steht ein sicheres Gespür dafür, daß die Dinge im Augenblick eher einer bedenklichen Umkehrung dieser Beziehung zusteuern.

Es war ein Wirtschaftswissenschaftler, G. Kirsch, Ordinarius für Finanzwissenschaften an der Universität Fribourg/Schweiz, der mir 1985 im Verlaufe einer gemeinsamen öffentlichen Diskussion sagte, er halte es für möglich, daß wir noch einmal dankbar dafür sein würden, daß 1968 *»die Träume einer nicht ausschließlich materiell orientierten Gesellschaft geträumt worden sind«*.

In der Tat, wir sollten an die Möglichkeit denken.

Eigentlich müßte doch gerade den Parteien, die sich so oft auf das christliche Menschenbild als Grundlage ihrer Politik berufen, die Einsicht leichtfallen, daß uns wenig damit geholfen wäre, wenn wir zwar materiell immer mehr gewinnen, dabei aber Schaden nähmen an unserer Humanität.

Originalausgabe:

